

„Schwexit“-Sorgen am Bodensee

Die Abkehr der Schweiz von der EU führt zur Verunsicherung rund um den See. Hilft jetzt der kleine politische Grenzverkehr?

Über dem schneebedeckten Säntis strahlt die Sonne. Hoher Besuch ist auf den höchsten Berg (2501 Meter) der Appenzeller Alpen gekommen. Der Schweizer Bundespräsident Ignazio Cassis hat die Bergbahn bestiegen, zudem Liechtensteins Regierungschef Daniel Risch und der Vorarlberger Landeshauptmann Markus Wallner. Baden-Württemberg vertritt Verkehrsminister Winfried Hermann.

Der Grund der Zusammenkunft ist an diesem schönen Tag tief unten im Dunst durchaus zu erkennen. Es sind der Bodensee und die dort betriebene internationale Zusammenarbeit. Seit 50 Jahren gibt es dafür die Internationale Bodenseekonferenz (IBK), eine politische Plattform für mehr als 100 grenzüberschreitende Kooperationen.

Das Gremium, dem auch das Land Bayern oder der seeferne Kanton Zürich angehören, dürfte außerhalb regionalpolitischer Zirkel wenig bekannt sein. Doch es hat schon in seiner Frühphase viel erreicht. Damals, zu Beginn der 1970er Jahre, „war das Problem sogar riechbar“, wie es Alfred Stricker, amtierender IBK-Vorsitzender und stellvertretender Landammann von Appenzell-Außer rhoden, formulierte. Europas größter Trinkwasserspeicher drohte um-

zukippen. Er wurde gerettet. Rund um den See entstanden Kläranlagen – nicht nach den gleichen Standards, aber doch im Gleichschritt.

So sieht die Zusammenarbeit in der Vierländerregion oft aus, egal, ob es um Verkehr, Tourismus oder Klimaschutz geht. Immer ist es freundschaftlich, immer kooperativ – wenn man ein gemeinsames Ziel verfolgt –, aber immer auch ein wenig kompliziert. Denn der See ist nicht nur gemeinsamer Verkehrsraum, Wasserspeicher und touristischer Anziehungspunkt. In seiner Mitte verläuft auch eine EU-Außengrenze.

Die hat gerade wieder an Bedeutung gewonnen, seit die Schweiz im Mai die Verhandlungen für ein Rahmenabkommen mit der EU abgebrochen hat. Die Situation gleicht derjenigen von 1992, als der EU-Beitritt an einer Volksabstimmung scheiterte. Damals reagierten die Politiker in den Ostschweizer Kantonen mit einer Intensivierung der IBK-Kontakte. Jetzt setzen sie wieder auf diese Karte. Mit der kleinen Außenpolitik wollen sie retten, was zu retten ist.

Wer die Bodenseeregion nur als touristische Destination wahrnimmt, erkennt, dass es sich hier um einen industriell hoch entwickelten Wirtschaftsraum handelt. Weltmarktführer gibt es nicht nur in Fried-

richshafen, sondern auch auf der südlichen Seeseite und entlang des Alpenrheins bis Liechtenstein.

Für viele dieser Mittelständler gilt der bereits als Schwexit bezeichnete Ausstieg aus den EU-Verhandlungen als Katastrophe. „Die Schweiz steht unter Druck. Den Menschen ist nicht klar, dass es jetzt nicht einfach so weitergeht“, sagt Gerald Schneider. Der Konstanzer Politikprofessor ist selbst Schweizer und registriert eine „Erosion des traditionellen Liberalismus in der Schweiz“.

Das Dilemma: Viele Großunternehmen würden von international rekrutierten CEOs geleitet, die kein Interesse an der Schweizer Politik hätten. Die Folge sei fatal. „Der Teil der Wirtschaft, der international denkt, ist nicht mehr ausreichend repräsentiert.“ Diese Politik werde Arbeitslosigkeit schaffen.

Ob das in Bern allmählich bewusst wird? Bundespräsident Cassis kündigte auf dem Gipfel die Bildung einer zwischenstaatlichen Regierungskommission an, um die Interessen der IBK zu den nationalen Regierungen zu transportieren. Nicht, dass es wieder so kommt wie in der Coronakrise. In Berlin, Bern und Brüssel wurden Grenzsicherungen verhängt, am eng vernetzten Bodensee wirkten sie wie ein Schock.